
Soziale Aspekte der marktwirtschaftlichen Transformation Rußlands

Vladimir Pankov

An der Jahreswende 1993/94 setzt Rußland, allerdings sehr mühsam und schwerfällig, seinen holprigen Weg zur Marktwirtschaft fort (1). Auf diesem Wege vollzog sich schon ein tiefgreifender, für die Masse der Bevölkerung in vieler Hinsicht dramatischer, ja tragischer sozialer Wandel, der weiter auf vollen Touren läuft. Selbst der russische Präsident, Boris Jelzin, der im Westen den Ruf eines „Superreformers“ und „Vorreiters des Fortschritts“ (m. E. nicht ganz gerechtfertigt) genießt, mußte in einer Regierungssitzung zugeben, daß die „alten sozialen Gegebenheiten begonnen haben, sich mit einer großen Geschwindigkeit zu zerstören. Die Lebensqualität ist merklich zurückgegangen“ (2).

Auf die soziale Situation in der Russischen Föderation von heute haben zwei Faktoren wohl den gewichtigsten Einfluß, und zwar: erstens die Wahl des Reformweges durch die politischen Führungsspitzen des Landes, was die Ausprägung des werdenden Modells der Marktwirtschaft determiniert; zweitens die schwere ökonomische Krise, die immer noch nicht überwunden werden konnte.

1. Der „Manchester-Kapitalismus“ und die Wirtschaftskrise

Den historischen Gegebenheiten der ehemaligen Sowjetunion, wo die Bürger zwar auf einem niedrigen qualitativen Niveau, aber doch weitgehend sozial geschützt waren, entspräche heute eindeutig der westeuropäische Weg der sozialen Marktwirtschaft. Das bewußte Streben, dieses gesellschaftliche Modell zu verwirklichen, könnte sehr hilfreich sein, schwere soziale Unkosten der marktwirtschaftlichen Transformation zu mildern oder z. T. zu vermeiden. Von allen ehemaligen Sowjetrepubliken hat jedoch nur Weißrußland diesen Weg offiziell und mehr oder weniger

hartnäckig eingeschlagen (3). Die russische Führung mit B. Jelzin an der Spitze hat unter dem Einfluß westlicher Konsulenten vom Schlage eines Jeffrey Sachs, die sich in spezifischen Sachverhalten Rußlands und sonstiger Reformländer nie auskannten, Anfang 1992 eine „Schocktherapie“ eingeleitet und sich auf den Weg des wilden „Manchester-Kapitalismus“ oder bestenfalls eines gravierend sozial abgewerteten US-amerikanischen Kapitalismus begeben (4). Sicher genossen gerade die USA seit dem Zweiten Weltkrieg im Massenbewußtsein Rußlands unter allen Westländern aus verständlichen Gründen das höchste Ansehen, das war jedoch keine genügende Ursache dafür, die nationalen Besonderheiten Rußlands bei der Ausgestaltung des marktwirtschaftlichen Reformprozesses zur kurz kommen zu lassen. Zu den gewichtigen Ergebnissen einer solchen „Therapie“ gehören u. a. eine nie dagewesene Wirtschaftskrise, eine drastische Verschärfung der sozialen Ungerechtigkeit und eine weitgehende soziale Demontage sowie ein tragischer Rückgang des nach westlichen Mustern ohnehin dürftigen Lebensstandards, worauf in diesem Artikel noch ausführlich einzugehen ist.

Die Gefahren, die mit der fortschreitenden Aushöhlung der sozialen Sicherheit der Bevölkerung verbunden sind, wurden von der politischen Führung Rußlands seit geraumer Zeit zweifellos erkannt. Es wird versucht, diesem Prozeß entgegenzusteuern, wozu allerdings die Schocktherapie von 1992 recht schlechte Bedingungen geschaffen hat. Relativ große Hoffnungen, die Existenz der Menschen abzusichern und marktwirtschaftliche Reformen auf eine breitere gesellschaftliche Basis zu stellen, waren und sind mit der fortschreitenden Privatisierung verbunden (5). Im Laufe des Jahres 1993 hat sich die Privatisierung gegenüber 1992 deutlich beschleunigt. Nach Angaben des russischen Vizepremierministers Anatolij Tschubais, waren im September 1993 40 Prozent der Industrie privat, es gab 30 Millionen Aktionäre (6). Diese auf den ersten Blick beeindruckenden Zahlen müssen jedoch relativiert und objektiv gesehen werden.

Für die meisten Bürger der Russischen Föderation gibt es vorwiegend oder gar ausschließlich nur einen Weg, sich an der Privatisierung zu beteiligen, und zwar über die kostenlos verteilten Privatisierungskoupons (Vouchers) im Nennwert von 10.000 Rubel (der Marktwert der Vouchers pendelte im Herbst 1993 um 10.500 Rubel), was in etwa dem Preis von 3 bis 4 kg billigste Wurst glich. Damit kann sicher keine echte, wirksame Eigentumsstreuung herbeigeführt und keine soziale Absicherung durch Dividenden, die auf die gegen Vouchers erworbene Aktien entfallen, erzielt werden. Dazu kommt noch, daß die Vouchers, frei käuflich und verkäuflich, von der Mafia der Schattenwirtschaft den von der Hand in den Mund lebenden Menschen in großen Mengen – und häufig zu Spottpreisen – abgekauft werden.

Im Jahre 1993 wurden von der Regierung und dem ehemaligen, von B. Jelzin Ende September 1993 aufgelösten Parlament Anstrengungen unternommen, um die sozialen Spannungen und Konflikte durch die Veranstaltung eines all-russischen „runden Tisches“, wozu die Vertreter

des Unternehmertums, der Betriebsbelegschaften, der Gewerkschaften, der Staatsmacht sowie der politischen Parteien und Bewegungen geladen worden waren, abzubauen. Mitte 1993 wurde von dem „runden Tisch“ die „Deklaration der gesamtnationalen ökonomischen Eintracht“ verabschiedet, die u. a. die Gewährung von staatlichen Garantien an die Bevölkerung vorsah, ein erträgliches Minimum an Sozialleistungen (in der Medizin, Bildung, Kultur u. a. m.) zu erhalten (7). Dieses Vorhaben hat sich jedoch weitestgehend als Wunschdenken erwiesen und wurde nach einer verfassungswidrigen Auflösung des Parlaments durch Präsident B. Jelzin endgültig begraben. Sicher waren die Neuwahlen des Parlaments zwecks einer „Flurbereinigung“ für weitere Reformen schon seit vielen Monaten fällig, sie hätten jedoch gesetzeskonform und unblutig herbeigeführt werden können.

Die soziale Demontage und die Verhärtung der gesellschaftlichen Verhältnisse werden von der heutigen erschütternden Wirtschaftskrise angeheizt und auf die Spitze getrieben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Rußlands hat sich 1992 um 18,5 Prozent und im 1. Halbjahr 1993 um 14 Prozent gegenüber der jeweiligen Vorperiode verringert. Für das ganze Jahr wird eine Reduzierung um 15 Prozent prognostiziert. Für die russische Industrieproduktion lauten die jeweiligen Zahlen -19 Prozent, -20 Prozent und -18 Prozent (8). Diese gravierende Verringerung des zu verteilenden gesellschaftlichen „Kuchens“ höhlt verständlicherweise die finanzielle und materielle Basis für eine mehr oder weniger zufriedenstellende soziale Absicherung der Bevölkerung aus. Dazu kommt noch eine merklich gewachsene Ungerechtigkeit in der Einkommensverteilung, die in einer dramatischen Verarmung breiter Bevölkerungsschichten bei einer sagenhaften Bereicherung kleiner Gruppen frappierend zum Ausdruck kommt. Zu letztgenannten Gruppen gehören leider in erster Linie nicht die soliden neuen Unternehmer, die das Wirtschaftsrecht des Landes voll respektieren, das BIP des Landes vermehren und damit der sozialen Entspannung dienen. Vielmehr geht es dabei um die Mafia der Schattenwirtschaft, die Devisenschmuggler und diverse Vermittler (Börsenmänner, spekulative Händler u. dgl.), die nur eine Umverteilung des BIP zu ihren Gunsten betreiben, den gesellschaftlichen „Kuchen“ jedoch nicht größer machen.

Unter den beschriebenen Rahmenbedingungen haben sich die soziale Lage und nicht zuletzt auch die Lebensweise der russischen Bürger sprunghaft verändert. In der – keineswegs beneidenswerten, politisch und menschenrechtlich scharf zu verurteilenden – Zeit der Breshnew-schen „Friedhofsruhe“ war die soziale Situation der Bürger alles andere als berauschend, jedoch insgesamt erträglich. Jeder Bürger wußte (sollte er keinen „silbernen Löffel“ gestohlen haben), daß es ihm morgen nicht schlechter als heute gehen wird, u. U. sogar ein bißchen besser. Seit Anfang 1992 mußten die Russen in ihrer Masse auch eine solche „Perspektive“ vergessen. Das Licht im Tunnel läßt sich immer noch kaum erblicken. Dennoch ist es keineswegs angebracht, die Hoffnungen aufzugeben. Die Masse der Bevölkerung ist allerdings mit vielen schwerwie-

genden sozialökonomischen Problemen konfrontiert. Die brisantesten davon sind nunmehr zu behandeln.

2. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit: Ausmaß und soziale Lasten

Im Laufe der Wirtschaftskrise stieg die Arbeitslosenrate in der Russischen Föderation von 0,3 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung im Juni 1992 auf 1,0 Prozent im Juli 1993 und schätzungsweise 1,2 Prozent im Dezember 1993. Diese Marke scheint im Vergleich mit den für die Westländer, auch für Österreich, typischen Werten sehr gering und gar nicht besorgniserregend zu sein. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist jedoch viel schwerwiegender und komplizierter (und wird es immer mehr), als es auf den ersten Blick erscheint.

Eine totale Beschäftigungsgarantie für alle war eine der wichtigsten sozialen Stützen und eines der wirksamsten Beschwichtigungsmittel für die Masse der Bevölkerung in den Ländern des „realen Sozialismus“, auch und vor allem in der Sowjetunion. Es herrschte sogar eine künstlich erzeugte „Überbeschäftigung“, ein großes Überangebot an offenen Stellen war immer da. Sicher war das eine Form der verdeckten, kaschierten Unterbeschäftigung, aber niemand lief Gefahr, auf die Straße gesetzt zu werden und im Arbeitsamt (solche Einrichtungen waren übrigens damals überflüssig und deshalb nicht existent) zu landen. Ein mehr oder weniger erträgliches Einkommen, selbst wenn man sich an ihm auch nicht ergötzen konnte, war damit praktisch jedem arbeitswilligen Bürger garantiert. Nun sind die Arbeitnehmer in eine völlig neue Situation, die eine rapide steigende Arbeitslosigkeit kennzeichnet, versetzt und damit total oder weitgehend verunsichert. Zwar haben sich die vor einem Jahr aufgestellten Prognosen, die für Ende 1993 eine Arbeitslosenrate von 3 bis 5 Prozent voraussagten, formell nicht bewahrheitet. De facto sind sie jedoch quasi in Erfüllung gegangen, und das aus mehreren Gründen.

Sehr viele Betriebe mußten ihre Produktion großteils oder gänzlich stilllegen, vor allem wegen mangelnder Zulieferungen (sehr häufig aus den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken oder COMECON-Staaten) oder wegen der ungenügenden Nachfrage nach ihren Erzeugnissen. Hunderttausende Belegschaftsmitglieder solcher Betriebe wurden in einen – häufig unbefristeten – Zwangsurlaub geschickt, fast immer ohne jegliche Lohn- und Gehaltsfortzahlung. Diese faktisch arbeitslosen Bürger erscheinen in der Beschäftigungsstatistik jedoch nicht als Erwerbslose. Wäre eine genaue statistische Erfassung solcher Arbeiter und Angestellten vorhanden, müßte die offizielle Arbeitslosenrate vermutlich mindestens verdoppelt werden. Dazu kommt noch, daß seit 1992 immer mehr Frauen (und in Rußland wie in der ganzen Sowjetunion waren mehr als 80 Prozent der Frauen im erwerbsfähigen Alter beschäftigt) ihren Job aufgeben und zu „Hausfrauen“ werden mußten. Außerdem kann man nur sechs Monate lang offiziell als arbeitslos anerkannt werden, was dann die Statistik der Unterbeschäftigung „verschönert.“

Das trotzdem relativ moderate Ausmaß der Arbeitslosigkeit ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Privatisierung und die damit einhergehende Sanierung von Tausenden maroden, häufig verlustbringenden Staatsbetrieben gegenüber den Erwartungen zurückgeblieben ist, obwohl sie sich, wie oben dargestellt, 1993 gegenüber 1992 merklich beschleunigt hat. Ab Spätherbst 1993 gehen die Regierung und die Zentralbank Rußlands (ZBR) immer mehr von der Praxis einer künstlichen Versorgung solcher Betriebe mit vergünstigten Krediten und Subventionen ab. Auch die gegenseitigen Verrechnungen von Verbindlichkeiten und Forderungen nicht zahlungsfähiger Betriebe werden nicht mehr massenweise praktiziert. Unter diesen Bedingungen ist eine zunehmende Erhöhung der Zahl von Insolvenzen und Pleiten unvermeidlich. Auch quasi jede Privatisierung als solche ist mit einer Rationalisierung der Produktion und damit mit einem Abbau des Personals verbunden. Damit müßte die Arbeitslosenrate in den nächsten ein bis zwei Jahren erheblich steigen und bereits 1994 oder spätestens 1995 die für die meisten Westländer typischen Werte von 6 bis 9 Prozent erreichen. Die nach dem Zerfall der Sowjetunion drastisch geschwächten und voneinander Distanz wahrenden Branchengewerkschaften, die in keinem effizienten Dachverband ähnlich dem ÖGB oder dem DGB vereint sind, können diesem lawinenartigen Prozeß kaum entgegenwirken. Es fehlt auch eine dem Anstieg der Erwerbslosigkeit wirksam entgegensteuernde staatliche Wachstums-, Struktur- und Beschäftigungspolitik, da sehr viele in der politischen Führung Rußlands, vor allem der Erste Vizepremier Jegor Gaidar, nach wie vor den Laissez-faire-Denkschablonen des traditionellen Liberalismus und „Manchester-Kapitalismus“ huldigen.

Es ist hervorzuheben, daß die Lage der Arbeitslosen in Rußland viel schwieriger als ihrer „Kollegen“ im Westen und sehr häufig völlig unerträglich ist, wobei vielerlei ins Auge zu fassen ist.

Einmal fehlen in Rußland massive staatliche Beschäftigungsprogramme, darunter auch Umschulungsprogramme für Erwerbslose. Auch öffentliche Arbeiten fallen kaum ins Gewicht. Es wird keine zweckgebundene Förderung der Erhaltung von modernisierungsfähigen und der Errichtung von neuen, zukunftsträchtigen Arbeitsplätzen durch den Staat betrieben.

Zum anderen ist die finanzielle Situation der Arbeitslosen in der Regel dramatisch oder gar tragisch; sie müssen häufig unter dem dürftigsten Existenzminimum dahinvegetieren. Das Arbeitslosengeld, welches maximal sechs Monate lang bezahlt wird, wurde mit 70 Prozent des Mindestlohnes (ab Juli 1993 wurde dieser vom Obersten Sowjet Rußlands auf lächerliche 7740 Rubel „erhöht“; die Regierung wollte gar nur 7000 Rubel, und das erst ab August, dem Volk „schenken“) festgesetzt, wovon sich eine Person bestenfalls Schwarzbrot und Wasser sowie Kartoffeln für den ganzen Monat besorgen könnte.

Nach dem Ablauf der sechsmonatigen Frist konnten die Arbeitslosen bis Mitte 1993 kaum mit einer weiteren Unterstützung rechnen. Dann wurde eine dürftige Übergangsregelung getroffen: Laut der Verordnung

Nr. 78 des Bundesbeschäftigungsdienstes vom 18. Juni 1993 können die Arbeitslosen, die keinen Anspruch auf das Arbeitslosengeld mehr haben, sowie einige andere Gruppen von Bürgern (z. B. Jugendliche, die noch nie beschäftigt waren und zum erstenmal nach einem Arbeitsplatz suchen) mit einer Art Sozialhilfe rechnen. Als Formen einer solchen Hilfe können einmalige Auszahlungen (maximal zwei gesetzlich festgesetzte Mindestlöhne), reguläre monatliche Auszahlungen (maximal in der Höhe des zu dem jeweiligen Zeitpunkt geltenden Mindestlohnes, praktisch jedoch wesentlich darunter) und die Bezahlung der Dienstleistungen von Betrieben und Einrichtungen, die für Arbeitslose sorgen, gelten. Die Sozialhilfe kann auch den Familienmitgliedern der Arbeitslosen gewährt werden.

Das ohnehin miserable Arbeitslosengeld und die Sozialhilfe geben noch dazu keine hinreichende Auskunft über die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Härten in Rußland, wobei insbesondere zwei Momente zu berücksichtigen sind. Erstens hat die Preisfreigabe am 2. Jänner 1992 zu einer Steigerung der wichtigsten Verbraucherpreise um etwa das 300fache und damit zu einer totalen Entwertung der ohnehin sehr bescheidenen Ersparnisse der Masse der russischen Bevölkerung geführt. Seitdem bleibt auch der reale Sparzins negativ. Also können die russischen Arbeitslosen im Gegensatz zu ihren westlichen „Kollegen“ in den kritischen und im buchstäblichen Sinne dieses Wortes mageren Zeiten auf ihre Ersparnisse kaum oder gar nicht zurückgreifen. Zweitens wird die Härte der Erwerbslosigkeit durch die vor sich gehende Veränderung der Struktur der Arbeitslosigkeit vergrößert. Vor einem Jahr bestand die Mehrheit der Arbeitslosen aus weiblichen Angestellten. Gegenwärtig sind etwa zwei Drittel der Erwerbslosen männliche Arbeiter, d. h., es werden immer häufiger Allein- oder Hauptverdiener für ganze Familien arbeitslos, was ihre Angehörigen besonders schwer trifft.

Um jedoch ein realistisches Bild zu gewinnen, darf man die immer größeren beschäftigungspolitischen Anstrengungen des Staates nicht außer acht lassen, und das eingedenk der Tatsache, daß das Problem der Arbeitslosigkeit – wie oben dargestellt – bis vor kurzem überhaupt irrelevant war und damit keines artikulierten Entgegensteuerns bedurfte. Schrittweise wird der institutionelle und rechtliche Rahmen für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Milderung von deren sozialen Unkosten geschaffen.

So wurde vom Obersten Sowjet Rußlands am 8. Juni 1993 die Verordnung Nr. 5131-1 über den Bundesbeschäftigungsdienst verabschiedet. Dieser Dienst besteht nunmehr aus dem Staatskomitee der Russischen Föderation für die Beschäftigung der Bevölkerung, aus den analogen Komitees in den russischen Teilrepubliken sowie den regionalen, städtischen und lokalen Beschäftigungszentren. Die genannten Gremien sind vor allem für die Erfassung von Arbeitslosen sowie für die Ausarbeitung von staatlichen Beschäftigungsprogrammen bzw. -prognosen auf der jeweiligen Ebene zuständig. Sie können auch die Aufbewahrung der Mittel des Staatlichen Beschäftigungsfonds der Russischen Föderation auf

den Depositkonten der ZBR gewährleisten. Dieser Fonds ist für die Akkumulation der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und die Auszahlung von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe unmittelbar zuständig. Gegenwärtig werden solche Beiträge nicht von den einzelnen Erwerbstätigen, sondern von ihren Firmen, Betrieben und Einrichtungen anteilmäßig dem jeweiligen Lohnfonds und pauschal für die ganze Belegschaft bezahlt.

Es ist anzunehmen, daß sich das russische System der Arbeitslosenunterstützung (sowohl auf der Einnahmen- als auch auf der Ausgabenseite) tendenziell dem westeuropäischen Modell annähern wird. Allerdings ist eine gewichtige qualitative und quantitative Verbesserung auf diesem Gebiet erst nach der Überwindung der heutigen Wirtschaftskrise, d. h. vermutlich ab Mitte der neunziger Jahre, möglich.

Die tendenziell wachsende Arbeitslosigkeit, der mit der Wirtschaftskrise einhergehende Rückgang des Lebensstandards (siehe Abschnitt 3), ein akuter Mangel an Devisen – nicht zuletzt für die Bezahlung von Außenschulden – zwingen Rußland immer mehr dazu, Arbeitskräfte zu exportieren. Gegenwärtig leben weltweit etwa 25 Millionen Gastarbeiter sowie ihre Familienangehörigen aus diversen Herkunftsländern in zeitweiliger Emigration. Übrigens wäre die Einbeziehung Rußlands in diesen weltweiten Prozeß auch bei einer besseren Wirtschaftslage des Landes ein normaler Bestandteil und eine logische Folge seiner fortschreitenden Integration in die Weltwirtschaft, die sich mit dem Beginn der marktwirtschaftlichen Reformen Anfang 1992 wesentlich beschleunigt hat. Einige Schätzungen russischer Experten zeigen, daß die Effizienz des Exports von Arbeitskräften mindestens fünfmal so hoch wie die Effizienz der Warenausfuhren ist (9). Einem Land wie Rußland kann man nicht zumuten und schon gar nicht aufzwingen, auf solche Vorteile der internationalen Arbeitsteilung zu verzichten.

Gegenwärtig sind etwa fünf bis sechs Millionen Bürger der Russischen Föderation dabei, über die Möglichkeit einer zeitweiligen Beschäftigung im Ausland nachzudenken. Davon wären etwa 1,5 Millionen bereit, sofort auszureisen. Seit August 1993 wurde der rechtliche Rahmen für eine Ausreise wesentlich liberalisiert und an internationale Menschenrechtsstandards auf diesem Gebiet angenähert oder gar angeglichen.

Unter diesen Bedingungen ist Rußland bemüht, den Migrationsprozeß von Arbeitskräften zu ordnen und in den Griff zu bekommen. Es wurde vor allem der Föderale Migrationsdienst eingerichtet, der den Migrationsprozeß in Details reguliert. Laut der Verordnung Nr. 109 dieser Behörde vom 8. Juli 1993 haben alle Firmen, die die Beschäftigung der russischen Bürger im Ausland vermitteln, sich bei ihr eine Lizenz für eine solche Tätigkeit zu holen. Die Lizenz, die zum Zeitpunkt ihrer Erteilung fünfzehn Mindestlöhne kostet, ist jedes Jahr zu erneuern. Das genannte Dokument ordnet viele wesentliche Aspekte der Tätigkeit der Vermittlerfirmen, vor allem die Beziehungen solcher Firmen mit den Kandidaten für eine Arbeit im Ausland auf vertraglicher Basis und mit dem Föderalen Migrationsdienst.

In vielen West-, Schwellen- und fortgeschrittenen Entwicklungsländern besteht eine ausgeprägte Nachfrage nach russischen Arbeitskräften, vor allem nach hochqualifizierten Fachleuten (z. B. nach Software-Spezialisten im EDV-Bereich) und Wissenschaftlern (leider auch nach vielen Kernphysikern seitens der nuklearen „Grenzländer“ wie Nordkorea, Irak, Pakistan u. a. m.). Objektiv gesehen, könnten 1 bis 1,5 Millionen Russen pro Jahr im Ausland beschäftigt sein und der Russischen Föderation dadurch Deviseneinnahmen von 10 bis 20 Mrd. Dollar jährlich zufließen. Dem stehen allerdings viele Hindernisse im Wege. Dazu gehören vor allem: erstens die Konkurrenz der traditionellen Exportländer von Arbeitskräften; zweitens eine derzeit schlechte ökonomische Konjunktur im Westen, die in Minuszahlen bei Produktion und Beschäftigung deutlich zum Ausdruck kommt; drittens das wachsende Unbehagen (in der Regel emotional und nicht sachlich motiviert) in der einheimischen Bevölkerung mehrerer Westländer über den Aufenthalt von Gastarbeitern und ihren Familienmitgliedern dort.

Unter diesen Bedingungen haben die Parlamente und Regierungen einiger Westländer die Einreisevorschriften für Ausländer merklich verschärft, was den ökonomischen Interessen Rußlands nicht gerade zugute kommt. Dieses prekäre Problem ist jedoch allein seitens der Westländer kaum zu lösen, auch nicht mit perfektionierten und sehr restriktiven Aufenthaltsgesetzen (samt den Führungszeugnissen, sonstigen eine „unbefleckte“ Vergangenheit dokumentierenden Papieren u. ä.). Solche Rechtsnormen treffen in erster Linie gerade solche Russen (und Bürger anderer Reformländer), die im Westen willkommen (z. B. diverse Fachleute, Wissenschaftler, Hochschullehrer u. a. m.) sind und häufig von diversen Regierungsstellen eingeladen werden. Dagegen treiben „dunkle“ Vermittler und Schwarzarbeiter ihr Geschäft weiter auf vollen Touren.

Das genannte Problem ist nur auf zwischenstaatlicher Grundlage – unter der Beteiligung sowohl der West- als auch der Reformländer – bilateral und multilateral mehr oder weniger befriedigend lösbar. Bisher konnte Rußland nur mit Deutschland ein Regierungsabkommen über die Gastbeschäftigten unterzeichnen. Über ähnliche Abkommen wird mit Österreich, Luxemburg, der Mongolei, Tschechien, der Slowakei und Polen verhandelt. Es wäre gegenseitig vorteilhaft, gut durchdachte und effiziente Abkommen dieser Art sobald wie möglich zustandekommen zu lassen.

3. Lebensstandard und Lebensqualität

Die tiefe Wirtschaftskrise und die Hyperinflation als deren gravierender Bestandteil führten seit Anfang 1992 zu einem drastischen absinken der Realeinkommen und des Lebensstandards der russischen Bevölkerung, die nach westlichen Kriterien vor der Reform ohnehin ziemlich niedrig gewesen waren. Die realen Pro-Kopf-Einkommen betrugen 1992 nur 33 bis 34 Prozent des Standes von 1991 und sanken im 1. Halbjahr 1993 um weitere 3 Prozent (10). Für das ganze Jahr 1993 könnte die letz-

te Marke schätzungsweise etwa 10 Prozent betragen. Allerdings dürfte der effektive Lebensstandard, der im tatsächlichen Konsum von Gütern und Dienstleistungen zum Ausdruck kommt, eine etwas kleinere Schrumpfrate aufgewiesen haben, denn die früher akkumulierten Sachwerte (z. B. Wohnungen, Ferienhäuser, langlebige Konsumgüter) standen den Bürgern – großteils ohne zusätzliche Nebenkosten – zur Verfügung. Dagegen litt die Bevölkerung sehr schmerzhaft unter der quasi totalen Entwertung ihrer Ersparnisse durch die Preisfreigabe.

Für die Masse der russischen Bevölkerung reichen die laufenden Einkommen (Löhne, Gehälter, Pensionen, Stipendien etc.) bestenfalls dazu aus, ihren Bedarf an Kalorien durch eine dürftige Nahrung zu decken und unabdingbare Ausgaben (Wohnung, Transport und dgl.) zu bestreiten. Dabei ging auch die Qualität der Nahrung, die sowieso alles andere als berauschend gewesen war, merklich zurück. So verringerte sich die Pro-Kopf-Konsumtion von Nahrungsmitteln tierischen Ursprungs 1992 gegenüber 1991 um 20 bis 35 Prozent und beträgt zur Zeit deutlich weniger als die Hälfte des Niveaus der Westländer. Dabei ist verständlicherweise der Verbrauch von minderwertigen Nahrungsmitteln, Brot und Kartoffeln, gestiegen, jedoch lediglich um 4 bis 7 Prozent, was den Ausfall bei Fleisch, Fisch und Milch kalorienmäßig nicht wettmachen konnte.

Insgesamt wurde Rußland 1992/93 in der Pro-Kopf-Konsumtion von Konsumgütern und Nahrungsmitteln um 10 bis 20 Jahre zurückgeworfen, was z. B. aus der nachfolgenden Tabelle hervorgeht.

Tabelle 1:

**Der jährliche Verbrauch von Grundnahrungsmitteln pro Kopf in kg
(nach der Erhebung der Haushalte von Arbeiter- und Angestelltenfamilien)**

Jahr	Fleisch und Fleischprodukte	Milch und Milchprodukte	Fisch und Fischprodukte	Zucker	Brot
1955	41,2	209,2	13,6	20,0	153,6
1960	57,2	302,0	13,2	24,8	134,4
1965	58,0	322,8	16,4	26,0	133,6
1970	72,0	381,6	19,2	25,6	122,4
1975	82,4	396,8	18,8	24,8	112,4
1980	80,0	411,2	18,8	23,6	101,2
1985	78,4	389,6	18,8	21,2	91,6
1989	76,8	391,6	17,0	21,3	84,7
1990	74,1	378,9	17,2	20,8	85,7
1991	68,3	345,4	16,2	18,5	91,8
1992	58,7	280,4	13,7	18,4	98,0
1993 (Prognose)	63,2	285,6	14,1	22,9	105,8

Quelle: *Ekonomika i Shisn* 40 (1993)

Der Pro-Kopf-Verbrauch der in der Tabelle 1 ausgewiesenen Produkte ist bezogen auf die ganze Bevölkerung Rußlands noch geringer, denn die nichtbeschäftigten Bürger (Rentner, Studierende, Erwerbslose u. a.) sind wesentlich schlechter dran.

Man hat große Hoffnungen bezüglich Verbesserung der Situation auf dem Konsumgütermarkt mit der fortschreitenden Privatisierung von Handels- (siehe Tabelle 2) und Dienstleistungsbetrieben verbunden.

Tabelle 2:

Der Anteil verschiedener Eigentumsformen am Einzelhandelsumsatz, in %

Eigentumsformen	Januar–August 1992	Januar–August 1993
Staatliche	75	48
Konsumgenossenschaftliche	20	16
Private	4	31
Gemischte und sonstige	1	5

Quelle: *Ekonomica i Shisn* 40 (1993)

Solche Hoffnungen sind nur zum Teil in Erfüllung gegangen. Einerseits hat der in der Tabelle 2 markierte Wandel in Verbindung mit gewaltigen Preissteigerungen im Zuge der Liberalisierung bzw. Preisfreigabe ein relatives Gleichgewicht auf vielen Teilmärkten geschaffen. Mehrere Waren, vor allem des gehobenen Bedarfs und die ausgesprochenen Luxusgüter, die früher nur durch private Beziehungen zur Handlungssphäre oder gar nicht zu besorgen waren, sind heute frei erhältlich. Das trägt zur Verbesserung der Arbeitsmoral und bei den arbeitenden Menschen zur Entstehung eines gesunden Bedürfnisses bei, mehr Geld durch härtere und besser Arbeit zu verdienen. Nach der vollen Überwindung der Wirtschaftskrise sowie der damit einhergehenden Stabilisierung des realen Wertes von Nominaleinkommen und Ersparnissen dürfte dieser Umstand immer positivere Ergebnisse zeitigen.

Andererseits hat sich aufgrund der geschrumpften Produktion und eines akuten Mangels an Devisen für den Import selbst von lebensnotwendigen Gütern die Situation auf vielen Teilmärkten sogar verschlechtert. Es herrscht bei vielen wichtigen Positionen vielerorts ein quasi totaler Warenmangel. So fehlten im August 1993 von den vom Staatskomitee für Statistik der Russischen Föderation untersuchten Zentren von Teilrepubliken und Regionen: Fleisch in 71 bis 73 Prozent dieser Städte, Sonnenblumenöl 37 bis 50, Zucker 45 bis 51, Milch und Eier 23 bis 30, Butter 7 bis 13, Seife 51 bis 57, Waschpulver 60 bis 66, Farbfernseher mit einem mehr als 61 cm diagonal großen Bildschirm sowie Kühlschränke mit Gefrierfach, aber ohne Tiefkühltruhe, 83 bis 89 Prozent. Zeitweise gab es Unterbrechungen der normalen Versorgung der Bevölkerung mit Brot in

Pskow, Chabarowsk, Grosny und Tscherkessk. Sehr negativ auf den Lebensstandard und die Lebensqualität wirkt sich eine überdurchschnittliche Schrumpfung der konsumnahen Branchen, die ohnehin immer unterentwickelt waren, aus. So ging der Anteil der Leichtindustrie am Industrieausstoß von 17,1 Prozent im 1. Vj. 1991 auf 5,2 Prozent im 1. Vj. 1992 zurück. Für die Nahrungsmittelindustrie lauten diese Zahlen 13,4 bzw. 9,4 Prozent.

In die gleiche Richtung wirkt die heutige akute Krise im Wohnungsbau. Die Errichtung von Wohnfläche hat sich 1992 gegenüber dem Maximum von 1987 fast halbiert. Zu den 10 Mill. Familien, die vor 1992 für eine bessere Wohnung auf der Liste gestanden waren, kamen noch Hunderttausende Offiziere, die im „nahen“ und „fernen“ Ausland stationiert gewesen waren, sowie Flüchtlinge hinzu. Im Jahre 1990 konnten 1,3 Mill. Familien (14 Prozent aller zu diesem Zeitpunkt auf der Warteliste stehenden Familien) eine bessere Wohnung erhalten, 1991 1,1 Mill. (11 Prozent) und 1992 lediglich 0,95 Mill. (9,5 Prozent).

Die russischen Bürger können sich gewissermaßen damit trösten, daß sie bei Einkommen und Lebensstandard noch nicht so schlecht abschneiden wie die Einwohner fast aller anderen ehemaligen Sowjetrepubliken, was aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist.

Tabelle 3:

Der Durchschnittslohn in Rußland im Vergleich mit den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken (auf vergleichbarer US-Dollar-Basis)

Republik	Januar 1992	Mai 1993
Lettland	144,0	205,0
Estland	175,0	163,6
Rußland	100,0	100,0
Litauen	206,9	66,2
Kasachstan	77,5	54,8
Weißrußland	87,4	45,1
Kirgisien	51,2	31,4
Ukraine	106,6	24,5
Moldawien	61,8	24,2
Turkmenien	43,5	20,5
Usbekistan	44,5	20,4
Tadschikistan	40,5	18,5
Armenien	26,1	14,1

Quelle: Argumenty i Fakty 37 (1993)

Die relativ hohen Werte für Lettland und Estland sind keineswegs auf eine höhere Effizienz der nationalen Ökonomien und auf eine bessere Wirtschaftslage als in Rußland zurückzuführen. Im Gegenteil ist die Wirtschaftskrise in diesen Ländern sogar tiefer als in der Russischen Fö-

deration. So verringerte sich 1992 das BIP in Estland gegenüber 1991 um 28 Prozent und in Lettland um 30 Prozent. Für 1993 gegenüber 1992 wird ein weiterer Rückgang um 20 Prozent bzw. 25 Prozent prognostiziert. Diese baltischen Staaten bringen vielmehr viele unproduktive Faktoren ins Spiel, die z. B. mit ihrer Stellung im Wirtschaftskomplex der ehemaligen Sowjetunion und mit dem Fortbestand undichter Grenzen zum GUS-Raum zusammenhängen. So werden dorthin viele wertvolle Rohstoffe und Halbprodukte eingeschuggelt und dann gegen harte Devisen reexportiert. Auf diese Weise ist z. B. Estland zu einem großen Anbieter von Kupfer auf dem Weltmarkt avanciert, obwohl das Land dieses Produkt weder als Rohstoff fördert noch als Metall herstellt.

Einerseits zeugen die in der Tabelle angeführten Werte davon, daß die Wirtschaftsreform in Rußland insgesamt besser als in den anderen ehemaligen Sowjetrepubliken vor sich geht. Andererseits ist das kein genügender Trost für die Masse der von der Hand in den Mund lebenden Bürger der Russischen Föderation.

Die drastische Reduzierung des Lebensstandards und der Lebensqualität der Bevölkerung Rußlands ist vorwiegend auf drei Faktoren zurückzuführen: erstens die Schrumpfung der Produktion und damit des Angebots an vielen unentbehrlichen Gütern und Dienstleistungen; zweitens eine gravierende Verschärfung der Ungerechtigkeit in der Einkommens- und Vermögensverteilung (so die Verarmung breiter Massen bei einer gleichzeitigen sagenhaften Bereicherung solcher Schichten wie z. B. der Mafia der Schattenwirtschaft oder diverser Vermittler im Börsenwesen oder im spekulativen Handel, deren Firmen nichts produzieren); drittens eine Hyperinflation. Dabei fällt gegenwärtig insbesondere der dritte Faktor negativ ins Gewicht.

Im Jahre 1992 hat sich der Gesamtindex der Verbraucherpreise gegenüber 1991 um das 26fache erhöht, für 1993 wird ein weiterer Anstieg um das 10- bis 12fache vorausgesagt. Also dürfte diese Kennziffer Ende 1993/Anfang 1994 etwa 300mal so hoch wie an der Schwelle 1991/92 sein. Ihren Höhepunkt erreichte die Inflation im 4. Vj. 1992 und im 1. Vj. 1993. Trotz einer gewissen Abflachung der monatlichen Inflationsraten ab April 1993 (wöchentlich schwankten sie und fielen recht unterschiedlich aus) bleiben sie sehr hoch. So stieg der Wert der Warenkörbe vom Typ I (entspricht dem durchschnittlichen europäischen Konsumtionsstandard) und Typ II (entspricht dem durchschnittlichen Konsumtionsstandard Rußlands vor 1992) im September 1993 gegenüber dem August 1993 um jeweils 21 Prozent (12). Es ist anzunehmen, daß die Preisliberalisierung für Brot ab Oktober 1993 und die Abschaffung von Importsubventionen ab November 1993 einen kräftigen und monatelangen Preisschub auslösen.

Die vorher dargestellte Verschlechterung der Lebensbedingungen der russischen Bevölkerung, wozu noch die im Abschnitt 4 zu analysierende negative Situation im medizinischen und im sozialen Bereich insgesamt hinzukommt, hat eine tiefe demographische Krise in Rußland bewirkt. Im Jahre 1992 ist die Bevölkerungszahl der Russischen Föderation abso-

lut um 30.900 zurückgegangen. Dabei betrug der natürliche Schwund der Bevölkerungszahl 207.000, was teilweise durch die Immigration von 176.100 Menschen, fast ausschließlich aus den ehemaligen Sowjetrepubliken, wettgemacht werden konnte.

Die durchschnittliche Lebenserwartung, die Mitte der achtziger Jahre siebzig Jahre betragen hatte, fiel 1992 unter 69 Jahre. Die Zahlen der Verstorbenen und der Neugeborenen betragen 1992 12,1 bzw. 10,7 pro 1000 Menschen. Und das nimmt nicht wunder, denn heute ist es äußerst schwer, selbst ein Kind pro Familie, ganz zu schweigen von mehreren Kindern, zu versorgen. Nach Angaben der russischen Sozialministerin, Ella Pamfilowa, vegetieren mehr als 70 Prozent der russischen Familien mit mindestens zwei Kindern unter der Armutsgrenze (13). Es ist nicht nur finanziell kaum erträglich, die Kinder mehr oder weniger normal zu pflegen. Dazu fehlen noch häufig teilweise oder fast gänzlich viele unerläßliche Güter und Dienstleistungen.

Die eben beschriebenen Probleme werden durch die sich im sozialen Bereich abzeichnenden Tendenzen noch schwerwiegender und komplizierter, worauf nun einzugehen ist.

4. Sozialleistungen und die Situation im Bereich der nichtmateriellen Produktion

Die oben dargestellten krisenhaften Prozesse haben einen recht negativen Einfluß auf die Sphäre der Sozialleistungen und den Bereich der nichtmateriellen Produktion ausgeübt. Eine weitgehende soziale Demontage setzt sich – trotz einer gewissen Verlangsamung seit Mitte 1993 – unbeirrt fort.

Zunächst wurden im Zuge der heute schon fast durchgehenden Preisfreigabe die Subventionen zur Stützung des Konsums (vor allem sozial schwacher Schichten der Bevölkerung) so gut wie völlig gestrichen. Die ganz wenigen noch verbliebenen Zuschüsse für diese Zwecke sind nur noch vorübergehender Natur. So werden die zusätzlichen finanziellen Lasten, die durch die Liberalisierung der Brotpreise seit Oktober 1993 verursacht werden, der Masse der Bevölkerung provisorisch teilweise abgegolten: fast alle Bürger bekommen im Zeitraum Oktober bis Dezember einen Zuschuß für den Einkauf von Brot in der Höhe von 1400 Rubel (der Wert von etwa sieben Broten nach der Preisliberalisierung). Um die Brotverteuerung voll auszugleichen, bräuchte man 1900 Rubel pro Monat, solche Mittel fehlen jedoch dem Staatshaushalt. Diese Sozialleistung soll mit einer Prüfung der Pro-Kopf-Einkommen der Familien verknüpft sein. Eine solche Prüfung, die schon aus technischen und zeitlichen Gründen schwer realisierbar wäre, würde rund drei Prozent der russischen Bevölkerung, die als reich eingestuft werden, von den Zuschüssen ausschließen (14).

Sehr besorgniserregend ist die heutige Situation im Gesundheitswesen, welches in seiner Entwicklung seit Anfang 1993 gravierend zurück-

gefallen ist. Der Zustand dieses besonders wichtigen sozialen Bereichs war kurz vor dem Zerfall der Sowjetunion zwar alles andere als glänzend, jedoch für die Masse der Bevölkerung insgesamt erträglich. Einerseits war die materiell-technische Ausstattung der Spitäler, gemessen an westlichen Standards, ungenügend oder gar dürftig. Andererseits waren auch viele positive Momente zu verzeichnen. Die Präsenz der diplomierten Ärzte (33,5 pro 10.000 Bürger), die in der Regel befriedigende oder gar gute Qualifikation hatten und damit die ungenügende materiell-technische Ausstattung zum Teil ausgleichen konnten, war die höchste in der Welt. Die medizinische Betreuung in Polikliniken und Krankenhäusern war grundsätzlich kostenlos. Allerdings konnte man eine besonders hochqualifizierte Hilfe (z. B. bei bekannten Professoren) nur entweder offiziell gegen Entgelt oder inoffiziell gegen Schmiergeld erhalten.

Nun hat sich die Situation drastisch verändert. Unter den Bedingungen einer akuten Finanzkrise spart der Staat vor allem an den Ausgaben für den Bereich der nichtmateriellen Produktion, auch für das Gesundheitswesen. Die russischen Ärzte, die immer unterbezahlt waren, sind nunmehr in einer wahrhaft verzweifelten Situation, was sie, auch unter Mißachtung der Notbedürfnisse der Patienten, zu Protestaktionen und Streiks zwingt. Immer mehr Polikliniken und Krankenhäuser müssen wegen mangelnder Finanzierung ihrer Tätigkeit seitens des Staates einen wachsenden Teil ihrer Leistungen gegen Entgelt (und in der Regel ein beachtliches) anbieten. Das hat bereits Millionen von Bürgern, vor allem Pensionisten und andere sozial schwache Schichten, in eine erdrückende Klemme versetzt.

Der im Prinzip fällige und unvermeidliche Übergang zur Krankenversicherung vollzieht sich chaotisch und zaghaft. Das Gute an dem alten System wird zerstört, ohne durch etwas annähernd Ebenbürtiges ersetzt zu werden. Es war zunächst vorgesehen, die Einführung der Krankenversicherung (die Beiträge sollen zunächst nicht die einzelnen Bürger, sondern ihre Betriebe und Einrichtungen im Rahmen einer Pflichtversicherung bezahlen) bereits am 1. Jänner 1993 zu vollziehen. Das Gesetz über die Krankenversicherung wurde jedoch erst am 19. April verabschiedet, weshalb die genannten Beiträge innerhalb von fast vier Monaten auf Sonderkonten von regionalen Abteilungen der ZBR blockiert worden waren. Das hat dem ohnehin sehr geschwächten Gesundheitswesen Rußlands einen sehr schmerzhaften „Schlag unter die Gürtellinie“ versetzt.

Das russische Gesundheitswesen bräuchte für 1993, um seinen Pflichten und Aufgaben mehr oder weniger zufriedenstellend nachkommen zu können, mindestens 1600 bis 1800 Mrd. Rubel. Durch Beiträge zur Krankenversicherung können jedoch höchstens 430 Mrd. Rubel mobilisiert werden. Der Rest kann nur teilweise durch staatliche Zuschüsse, entgeltliche Leistungen und irreguläre Einnahmen (etwa diverse Spenden) bestritten werden.

Ähnlich schwer ist die Situation in Bildung und Wissenschaft. Die kurzsichtige Sparpolitik des Staates in diesen Bereichen schmälert die

gegenwärtigen Wachstumschancen und, was besonders besorgniserregend ist, wird zu einer gewichtigen Last für die Zukunft Rußlands.

Das Bildungspotential der russischen Gesellschaft, welches jahrzehntelang im internationalen Vergleich weit überdurchschnittlich und teilweise hervorragend aussah, verringert sich und droht in wenigen Jahren ganz abzusacken, sollten in Kürze keine effizienten Gegenmaßnahmen ergriffen werden. Das russische Bildungsgesetz schreibt dem Staat vor, für die Entwicklung des Bildungssystems mindestens 10 Prozent des Nationaleinkommens (d. h. etwa Nettosozialprodukts) jährlich zu gewähren. Im Jahre 1993 erreicht diese Kennziffer jedoch nur 5,7 Prozent. Die Ausgaben pro Schüler und Studierende gehen zurück: Sie haben sich im 1. Vj. 1993 gegenüber dem 1. Vj. 1992 um 12 Prozent pro Lehrling in der Grundstufe der Berufsbildung und um 16,5 Prozent pro Student an Universitäten und gleichwertigen Hochschulen verringert.

Auch die Budgetausgaben für Wissenschaft und Forschung gehen drastisch zurück, was die Forschungseinrichtungen (insbesondere auch die weltberühmten Institute für die Grundlagenforschung der Russischen Akademie der Wissenschaften) durch Auftragsforschung für einheimische und ausländische Klienten bestenfalls teilweise wettmachen können. Dadurch schrumpft der Personalstand ganzer Einrichtungen, auch jener mit einem ausgezeichneten Ruf im Ausland. Daneben werden chaotisch neue Institute gerade im Bereich der Gesellschaftswissenschaften errichtet, um damit mehreren aus dem Staatsdienst ausscheidenden hohen Beamten (z. B. dem ehemaligen Vizepremier der UdSSR, S. Sitarjan) eine „nahrungssichernde“ Beschäftigung als Institutsdirektoren zu bieten. Für solche – in der Regel unsoliden – Institute wird aus kaum erklärlichen Quellen staatliche Finanzierung gefunden.

Auch die für die körperliche und geistige Gesundheit des Volkes ausschlaggebenden Bereiche von Sport und Kultur kommen zunehmend zu kurz. Deshalb müssen leistungsfähige Sportler und bekannte Kultur- und Kunstschaffende immer aktiver nach einer (in der Regel zeitweiligen) Beschäftigung im Ausland suchen, was das einheimische Niveau dieser Bereiche verständlicherweise nach unten drückt. So steckt die ehemals vielfach weltberühmte russische Filmkunst in einer tiefen Krise. Die russischen Filme sind 1992 von den Bildschirmen einheimischer Filmtheater fast verschwunden, weil sie für den – nunmehr kommerzialisierten und z. T. privatisierten – Filmvertrieb produktionskostenmäßig zu teuer und verlustbringend sind, vom Staat jedoch kaum unterstützt werden. So nimmt es nicht wunder, daß die russischen Filmtheater von den billigen und veralteten US-amerikanischen „Eintagsfliegen“ überrollt werden. Erst im Laufe des Jahres 1993 konnte für die Produktion von siebzig Filmen eine staatliche Finanzhilfe gewährt werden.

5. Kurzes Fazit und Ausblick

Die in diesem Artikel analysierten sozialen Probleme, die mit der Transformation der russischen Ökonomie in Richtung Marktwirtschaft

verbunden sind, fallen für die Masse der Bevölkerung sehr schmerzhaft und besorgniserregend aus. Sie sind jedoch kein unabdingbares Produkt der marktwirtschaftlichen Reformen und waren zu Beginn des Reformprozesses nicht unvermeidbar. Sie sind vielmehr das Produkt einer schlecht konzipierten, unbesonnenen und überhasteten Reformpolitik der Gaidarschen Regierung, die Anfang 1992 in Angriff genommen wurde, und des Kurses in Richtung des abgewerteten US-amerikanischen Modells der Marktwirtschaft oder gar des überholten „Manchester-Kapitalismus“.

Die russische Wirtschaft scheint jedoch die schlimmsten Krisenzeiten (bezüglich des Produktionsrückgangs und des Inflationsschubs, jedoch nicht der Arbeitslosigkeit) überstanden zu haben. Im Laufe des Jahres 1994 dürfte mit einer Erholung der Wirtschaft und 1995 mit einer Belebung der Produktion oder gar mit dem Beginn des Aufschwungs gerechnet werden. Sollte diese Voraussage in Erfüllung gehen, könnte eine bessere materielle und finanzielle Basis entstehen, die geschilderten Probleme wenigstens zu mildern. Das darf man jedoch nicht dem Selbstlauf der Dinge überlassen und die historisch bedingte, irrtümlich als uneingeschränkt erscheinende Bereitschaft der russischen Bevölkerung, die Gürtel enger zu schnallen, unverschämt weiter strapazieren. Langfristig dem Land wohltuend und aussichtsreich wäre es nur, bewußt auf den Kurs in Richtung Soziale Marktwirtschaft umzusteigen.

Anmerkungen

- (1) Wirtschaft und Gesellschaft 19/1 (1993) 83 ff.
- (2) *Iswestija* (28. Mai 1993).
- (3) *OSTinvest* 39 (1993) 9 f; *Handelsblatt* (15./16. Oktober 1993).
- (4) *Wirtschaftspolitische Blätter* 2 (1993) 271 ff.
- (5) Zum Mechanismus der Privatisierung in Rußland, in: *Österreichische Osthefte* 1 (1993) 5 ff.
- (6) *Die Presse* (14. September 1993).
- (7) *Ekonomika i Shisn* 28 (1993) 20.
- (8) *Presseschau Ostwirtschaft* 7 (1993) 7.
- (9) *Ekonomika i Shisn* 36 (1993) 12.
- (10) *Kommersant* 28 (1993) 17.
- (11) *Presseschau Ostwirtschaft* 7 (1993) 7.
- (12) *Kommersant* 40 (1993) 18.
- (13) *Komssomolskaya Prawda* (6. August 1993).
- (14) *Argumenty i Fakty* 41 (1993) 6.